Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,20 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungserteilung bei der Kasse eingegangen ist oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 60. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 10. März 1928

Unheiliger Krieg.

Unbezahlte Rechnungen. — Eine überlegene Herrschernatur Der polnische Kleinkrieg.

Wir haben eben erst, nach mehr als vierzehntägiger Dauer, den Besuch des Königs von Afghanistan in Deutschlands wichtigsten Städten und Industriezentren überstanden. Schon beginnt die Öffentlichkeit sich in mehr oder weniger liebenswürdiger Form mit den Kosten und Geschenken, mit den Hoffnungen und — Enttäuschungen zu beschäftigen, die dieser Besuch aus dem Morgenlande dem Deutschen Reich und seiner Hauptstadt verursacht hat. Wer nachträglich seinem Ärger über manche Merkwürdigkeit dieser hohen Staatsaktion mit Spötteleien und Boshaftigkeiten Luft machen will, der findet dazu überreichen Anlaß, auch wenn er sich nur über die vielen unbezahlten Rechnungen hermachen wollte, die in dem prinzlichen Palais in der Wilhelmstraße zurückgeblieben sind. Aber Aman Ullah und die Damen und Herren seiner Begleitung wollen ja im März oder im April sich noch einmal für kurze Zeit bei uns sehen lassen. Vielleicht wird dann noch dies und das in Ordnung gebracht, was wir in solchen Dingen etwas pedantisch veranlagten Deutschen lieber gleich beim Abschluß der großen Staatsvisite gern auf Heller und Pfennig erledigt gesehen hätten.

*

Zur gleichen Zeit, da der Beherrscher von Afghanistan seine Schritte nun nach England lenkt, ist man dort von der Nachricht überrascht worden, daß ein anderer König aus dem Morgenland, Ibn Saud, der König der Hedschas, an zwei seiner Nachbarländer den heiligen Krieg erklärt hat. Hier soll man es, wenn die Berichte der wenigen Europäer, die mit ihm bisher in persönliche Berührung gekommen sind, den Tatsachen entsprechen, mit einer wahrhaft überlegenen Herrschernatur zu tun haben, deren staatsmännische Fähigkeiten sich bereits in dem systematischen Ausbau eines großen unabhängigen Arabischen Reiches unter außerordentlichen Schwierigkeiten erprobt hätten. Richtig ist es jedenfalls, daß Ibn Saud den Einfluß des Britischen Reiches in Vorderasien Schritt um Schritt zurückgedrängt und seinen Machtbereich in zielbewußtem Ringen auf arabische Stämme ausgedehnt und gesichert hat, die bis dahin sich keiner fremden Gewalt unterworfen hatten. Jetzt will er weiter nach Westen vorstoßen und damit englischem Kolonial- und Mandatsbesitz zu Leibe gehen. Schon werden an der Grenze von Transjordanien große militärische Vorbereitungen getroffen, Luftstreitkräfte konzentriert, Tankgeschwader aufgestellt und was dergleichen eindringliche Überzeugungsmittel mehr sind. Von englischer Seite wird dieser Krieg, wenn er wirklich zum Ausbruch kommt, bestimmt mit sehr unheiligen Mitteln durchgeführt werden, denn in gewissen Dingen verstehen die Londoner Befehlshaber, so nachsichtig sie sich auch sonst vielfach im Verkehr mit fremden Völkerschaften niedriger Kulturstufe zeigen, durchaus keinen Spaß. Daß sie hier ernstlich mit einem Aufstand der ganzen arabischen Welt und mit einer Erhebung des Islams zu rechnen haben, darüber werden sie sich sicherlich keiner Täuschung hingeben; und sie werden diese Gefahr im Zusammenhang mit den peinlichen Verwicklungen, denen ihre Beauftragten gerade jetzt in Indien begegnet sind, gewiß nicht unterschätzen. Hier eröffnen sich ihnen mit einer Plötzlichkeit, die vielleicht nur für genaue Kenner des Orients nichts Überraschendes hat, sehr unerwünschte politisch-militärische Aussichten, die wohl auch ohne weiteres als notwendige Fernwirkungen des Weltkrieges mit seiner unseligen Aufrührung der farbigen Völker gegen die weiße Rasse gelten müssen. Auch eine unbeglichen gebliebene Rechnung — nur daß hier die Zahlungspflicht auf der europäischen Seite zu liegen scheint!

*

Im Grunde genommen dürfen freilich die Träger der europäischen Kultur sich nicht darüber wundern, daß die Großen dieser erst im Erwachen begriffenen fremden Welt für die Heiligkeit von Verträgen immer weniger Verständnis zeigen. Gehen ihnen doch die weißen Regierungen darin mit auffällig schlechtem Beispiel voran. So erinnert man sich wohl noch der eben gehörten melancholischen Feststellung unseres Reichswirtschaftsministers Curtius, daß der deutsch-englische Handelsvertrag nicht gehalten habe, was er versprach, weil die englische Regierung es für richtig befindet, seine Wirkungen durch mehr oder weniger vertragswidrige Einführung von Hochschutzzöllen auf bestimmte Warengattungen zunichte zu machen. Und der tschechischen Regierung gar mußte Dr. Curtius, zwar nicht mit ausdrücklichen Worten, aber doch deutlich dem Sinne nach, vorhalten, daß sie in einigermaßen hinterhältiger Weise mit der rechten Hand kaputtschlage, was sie der deutschen Regierung mit der linken Hand zu geben sich anschicke. Von der Polnischen Republik überhaupt nicht zu reden, die, wenigstens im Verkehr mit Deutschland, Abmachungen irgendwelcher Art überhaupt nicht zu respektieren pflegt, sondern Unfreundlichkeiten, ja Ungesetzlichkeiten sonder Zahl aufeinanderhäuft, als wenn sie ohne einen ständigen Kleinkrieg gegen das westliche Nachbarreich gar nicht auskommen könnte. Wir Deutsche, die wir unsere Staats- und Volkswirtschaft kaum noch aufrechtzuerhalten wissen, müssen diese Handels- und Zollpolitik der Länder um uns herum auch als eine Art unheiligen Krieges empfinden, dessen Ziel offenbar darin besteht, unseren Aufstieg aus der ungeheuren Niederlage des Weltkrieges mit allen Mitteln zu verhindern.

Dr. Sy.

Pflege deutscher Kultur

Reichsmittel für kulturelle Zwecke.

Der Nachtragsetat für 1927.

Der Nachtragsetat für 1927 liegt jetzt dem Reichstag vor. Er enthält neben den Posten für die Besoldungsreform, für die Liquidationsgeschädigten, für die Grenzgebiete, für die Sozial- und Kleinrentner, für die Unwetterkatastrophen, für die Anleiheablösung, für die Abfindung von Länderansprüchen und neben den sieben Millionen zur Abwicklung der Phönixangelegenheit noch zahlreiche kleinere Anforderungen. So werden die Summen zur Pflege kultureller, humanitärer und wissenschaftlicher Beziehungen zum Auslande um 2,5 Millionen, die Unterstützungen und

Beihilfen für Deutsche im Auslande

um 1 045 000 Mark und die Teilbeträge zur Errichtung des Botschaftsgebäudes in Angora um 900 000 Mark erhöht. Als Zuschüsse für Neu- und Erweiterungsbauten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft werden 1,4 Millionen, für die studentische Wirtschaftshilfe 450 000 Mark mehr angefordert. Der Betrag für die Unterstützung besonderer kultureller Aufgaben im Interesse des Deutschtums wird um 750 000 Mark erhöht. Als Zuschuß zum Bau eines Studiengebäudes für das Deutsche Museum in München werden 200 000 Mark, als

Reichszuschuß an den Deutschen Sängerbund

für die Teilnahme am Sängerbundesfest in Wien 100 000 Mark, als Baukostenzuschuß für das Deutsche Hygienemuseum in Dresden weitere 500 000 Mark angefordert. Für dringende Berichtigungsarbeiten am Grundmaterial für die amtlichen Kartenwerke des Reichsamts für Landesaufnahme sind 800 000 Mark vorgesehen, für die Erweiterung der Einkommen- und Körperschaftssteuerstatistik und zur Durchführung einer Lohnsteuerstatistik 1 321 050 Mark. Zur Beschaffung von Dauerkrediten für Flüchtlingssiedler sollen 4 050 000 Mark dienen. Zur Verbilligung des Zinssatzes von Darlehen zur

Förderung der Milchwirtschaft

wird ein erster Teilbetrag von 1,5 Millionen Mark angefordert. Diese Zinsverbilligung soll für fünf aufeinanderfolgende Jahre gewährt werden. Als Beitrag zu den Kosten für den Umbau der Ostbahnbrücken über die Oder und Warthe bei Küstrin wird ein Ergänzungsbetrag von 380 000 Mark angefordert. Zur Unterbringung von Zolldienststellen in Kehl und den Neubau einer Zollabfertigungsstelle sollen 331 700 Mark dienen. Der Betrag für die Förderung von Anstalten und Einrichtungen der

privaten Wohlfahrtspflege

wird um zwei Millionen Mark erhöht. Der Nachtragsetat ermächtigt ferner den Reichsfinanzminister, die Garantie dafür zu übernehmen, daß für einen Betrag von 225 Millionen Goldmark

Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahngesellschaft

bzw. für die darüber auszugebenden Zertifikate eine Dividende von 7 Prozent jährlich gezahlt wird. Ferner sollen zur Nationalisierung industrieller Betriebe in besonders gefährdeten Grenzgebieten Garantien bis zu 12 Millionen Mark übernommen werden. Es handelt sich hier besonders um das Waldenburger Kohlenrevier. Schließlich soll zur

Beschaffung von Düngemitteln

für die von Unwetterschäden betroffenen Gebiete Pommerns eine Garantie bis zu 3,5 Millionen Mark übernommen werden.

Der ungarisch-rumänische Optantenstreik endgültig vertagt.

Genf, 9. März. Der Rat hat heute nachmittag nach langen, vielfach äußerst bewegten Debatten den Beschluß gefaßt, die endgültige Entscheidung über den ungarisch-rumänischen Optantenstreit auf die Junisession des Rates zu vertagen. Da die ungarische Regierung sich bedingungslos mit dem heute vormittag vom Rat einstimmig angenommenen Beschluß der Entscheidung des Streites durch den gemischten Schiedsgerichtshof und Ernennung zweier neutraler Zusatzrichter einverstanden erklärt hat, wurde beschlossen, die rumänische Regierung aufzufordern, auf der Basis der bisherigen Beschlüsse insbesondere der heutigen Vormittagsentscheidung in eine nochmalige endgültige Prüfung dieser Stellungnahme einzutreten.

Rumänische Bestürzung.

Bukarest, 9. März. Die durch den Völkerbundsrat getroffene Entscheidung, wonach dem Schiedsgericht neben den ungarischen und rumänischen Richtern noch zwei neutrale Richter beigegeben werden sollen, hat in rumänischen politischen Kreisen größte Bestürzung hervorgerufen. Man rechnet bereits mit dem Rücktritt der Regierung. In Kreisen der Nationalen Bauernpartei macht man die Regierung und besonders den Präsidenten Bratianu wegen seiner fremdenfeindlichen Wirtschaftspolitik, die England vor den Kopf gestoßen habe, für die erlittene Schlappe verantwortlich. Inwieweit der Beschluß des Völkerbundsrates außenpolitische Folgen haben wird, und ob die Regierung den seinerzeit angedrohten Rücktritt aus dem Völkerbundsrat vollziehen wird, läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen.

Der Dank Aman Ullahs.

Depeschenwechsel der Staatsoberhäupter.

Der König von Afghanistan hat aus Aachen folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten von Hindenburg gerichtet: „Im Begriff, Deutschland zu verlassen, ist es mir und der Königin ein herzliches Bedürfnis, Ihnen, sehr verehrter Herr Reichspräsident, und dem ganzen deutschen Volk unseren aufrichtigsten und innigsten Dank für die uns erwiesene Liebenswürdigkeit und Gastfreundschaft zum Ausdruck zu bringen. Wir werden an die schönen Tage, die wir in Deutschland verleben durften, stets die freundschaftlichste Erinnerung bewahren. Empfangen Sie die aufrichtigsten Wünsche für Ihr Wohlergehen und für den weiteren Wiederaufstieg des ruhmreichen deutschen Volkes. Aman Ullah."

Reichspräsident von Hindenburg hat dem König hierauf telegraphisch erwidert: „Eurer Majestät danke ich herzlichst für die so freundlichen Abschiedsgrüße. Ich erwidere sie mit den aufrichtigsten Wünschen für einen guten weiteren Verlauf der Reise und das Wohlergehen Eurer Majestät und der Königin sowie für eine glückliche Zukunft des afghanischen Volkes. v. Hindenburg."

Etatdebatte im Sächsischen Landtag.

(72. Sitzung.) CB. Dresden, 9. März.

Nach Ausführungen der Abgg. Bethke (Altsoz.), Härtel (Volksrechtspartei) und Grobe (Nationalsoz.) zum Etat nahm am Donnerstag abend noch

Ministerpräsident Heldt

auf die Frage der Sozialdemokraten über die Stellung Sachsens zur Panzerkreuzerfrage das Wort. Die sächsische Regierung habe ihren Bevollmächtigten im Reichsrat angewiesen, den preußischen Antrag beim Etat des Reichswehrministeriums, das dort eingestellte Panzerschiff zu streichen, nicht beizutreten. Die sächsische Regierung glaube die Verantwortung dafür nicht übernehmen zu können, eine Maßnahme zum Schutze der deutschen Küste abzulehnen, die sich innerhalb des geringen uns von der Entente zugebilligten Rahmens seiner Verteidigung bleibt, und die die dafür zuständige Stelle, das Reichswehrministerium, für unbedingt notwendig erachtete. Nach Ansicht der Reichsregierung waren die Gründe, die Preußen für eine Verschiebung des Postens auf ein Jahr vorbrachte, nicht durchschlagend.

Auf die sozialdemokratische Anfrage über die Stellung des Ministerpräsidenten bei der Länderkonferenz in Berlin zur Frage des einheitlichen Staatsaufbaues antwortete Ministerpräsident Heldt, seine damaligen Ausführungen seien rein persönlicher Art gewesen, sie seien nicht im Auftrage der sächsischen Regierung erfolgt.

*

Die Aussprache über den Staatshaushaltsplan und die Anträge und die Anfragen finden am Freitag ihre Fortsetzung. Die Tribünen sind fast leer. Auch das Haus weist eine geringe Besetzung auf. Die Regierungsvertreter sind wieder vollständig erschienen.

Den Reigen der heutigen Redner eröffnet Abg. Berg (Din.). Er begründet zunächst den Antrag seiner Partei, die Regierung zu ersuchen, dem Volksbildungsministerium beim Eintreten einer Vakanz eine Referentin für das Mädchenschulwesen zu ernennen, inzwischen aber eine geeignete Kraft aus der Praxis des Mädchenschulwesens als Hilfsarbeiterin heranzuziehen. Mit Sorge erfülle das dauernde Anwachsen der Zahlen im Etat. Während im Jahre 1914 nur 92 Millionen Mark an Steuern erhoben wurden, seien es diesmal 215 Millionen Mark. Demgegenüber würden die Erträge der werbenden Betriebe des Staates immer geringer. Betriebe, die nicht zu halten seien, müßten aufgehoben werden. Seine Partei werde ihren Antrag auf Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten erneut einbringen. Dringend nötig sei eine Zusammenlegung der Ministerien und eine Vereinfachung des Verwaltungsapparates.

Finanzminister Weber:

Die Frage der Erhaltung oder Beseitigung von Staatsbetrieben wird gelegentlich der Beratungen über die Schiecksche Denkschrift mitbehandelt werden. Die Verschuldung der Länder ist nicht aus der eigentlichen Staatsverwaltung entstanden, sondern aus anderen Gründen.

Abg. Edel (Soz.) spricht seine Befriedigung aus über die Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionsparteien. Die Sozialdemokratische Partei habe berechtigten Anspruch auf die Leitung des Staates. Die Länderkonferenz sei nichts weiter gewesen als eine Komödie. Die Not der Landwirtschaft sei zum Teil selbst verschuldet.

Abg. Frucht (D. Vp.) betonte, der vorliegende Etat, den die sächsische Wirtschaft mit großem Interesse erwartet habe, unterscheide sich nicht viel von seinen Vorgängern. Werde in den bevorstehenden deutsch-tschechischen Handelsvertragsverhandlungen eine weitere Ermäßigung der Textilzölle ins Auge gefaßt werden, so würde das für die sächsische Industrie katastrophal sein. Auch die Not der Landwirtschaft sei das Ergebnis der verfehlten Steuer-, Sozial- und Finanzpolitik und ein Warnungssignal dafür, welchen Weg die Gesamtwirtschaft werde gehen müssen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF